



1040 BRÜSSEL

rue de la Loi 70 - Wetstraat 70  
Tel. 02/230 89 45

03-03-1987

An den Herrn Generalverwalter des  
Landesamt für Arbeitnehmerpensionen

Tour du Midi, 3

1060 BRÜSSEL

I/SCHREIBEN VOM

I/REF.

U/REF.

BEILAGEN

18.071/II/PD  
AR/MTV

BETRIFFT:

Besetzung einer Stelle in der französischsprachigen Region.  
Sprachliche Erfordernisse.

Sehr geehrter Herr Generalverwalter,

Ich bringe Ihnen zur Kenntnis, dass die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle (S.K.S.K.) in ihrer Sitzung vom 8. Januari 1987 eine Klage untersucht hat, die Herr F. FRECHES, Beamter beim Landesamt für Familienbeihilfe zugunsten von Arbeitnehmern, eingereicht hat.

Der Betroffene, der zurzeit in Eupen tätig ist, hat seine Versetzung nach einer Dienststelle Ihres Amtes in Malmédy beantragt und wurde durch Ihr Schreiben vom 14. Oktober 1985, Kennzeichen 121/AP/SC, mit der Forderung konfrontiert, vorher eine erneute Zulassungsprüfung in französischer Sprache ablegen zu müssen.

Die S.K.S.K. stellt fest, dass er im März 1979 an einer Auswahlprüfung in deutscher Sprache teilgenommen hat, welche die Bildung einer Kaderreserve von Verwaltungssekretären zum Ziel hatte, und dass er, vorher und zu dem Zweck, an einer Sprachprüfung hatte teilnehmen müssen, die das Ständige Anwerbungssekretariat durchgeführt hatte und feststellte, dass er von der deutschen Sprache genügend Kenntnisse hatte (Bescheinigung Niv. 1/Art. 7/Nr.13.300 v. 13.2.1978).

Die Kommission geht davon aus, dass diejenigen Staatsbediensteten, die durch eine Zentralbehörde mittels einer durch das S.A.S. organisierten Auswahlprüfung angeworben werden, auch dann grundsätzlich Personalmitglieder einer Zentralbehörde bleiben, wenn sie, im Zuge einer Zuteilung, einer nicht-zentralen, regionalen oder örtlichen Dienststelle zugewiesen werden. In diesem Falle besteht Grund zur Anwendung der Bestimmungen des Artikels 43, § 4 der K.S.G. (Stellungnahme vom 15.12.1966, Aktenzeichen 1410/I/P).

.../...

Die Kommission ist bei diesem Standpunkt geblieben und hat den Rückgriff auf die Bestimmungen des Artikels 15, § 1, der K.S.G. nur dann zugelassen, wenn Spezialfälle vorkamen wie Z.B. die einwandfrei durch regionale oder lokale Dienststelle vorgenommene Anwerbungen, Vertragspersonel, Ämter die, von ihrer Natur aus, nur innerhalb eines regionalen oder ortsgebundenen Rahmens ausgeübt werden können.

Wir müssen also annehmen, dass das S.A.S. indem er diese Prüfung des Niveaus 1 in deutscher Sprache organisierte, die im Abs. 1° des § 4 des Artikels 43 vorhandene Möglichkeit, auf die deutsche Sprache ausgeweitet, zur Anwendung brachte.

Nur die Sprache des zur Erlangung des Niveaus 1 erforderlichen Studiums - und zwar anhand des hierzu ausgestellten Diploms - bestimmt, in Ermangelung einer deutschen Sprachrolle, die Sprachrolle, die dem Kandidaten zugeziesen werden soll. Diese Sprache ist in diesem Falle Französisch, und der Betreffende soll als Beamter der französischen Sprachrolle gelten. Diese Eigenschaft wird ihm durch seine Zuteilung zu einer nicht-zentralen Dienststelle im deutschsprachigen Raum nicht genommen.

Die S.K.S.K. ist der Meinung, dass dies der Grund sein sollte, weswegen Herr F. FRECHES sich einer erneuten Zulassungsprüfung nicht mehr unterziehen hat, um einen Posten in der französischsprachigen Region bekleiden zu dürfen.

Eine Abschrift dieser Stellungnahme haben wir dem Herrn Ständigen Anwerbungssekretär, dem Herrn Generalverwalter des Landesamtes für Familienbeihilfe zugunsten von Arbeitnehmern sowie dem Kläger gestellt.

Mit vorzüglicher Hochachtung,



DER VORSITZENDE  
J. FLEERACKERS